



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Althessisch und neupreußisch. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gerichtshofes würde sie vor mancher Willkür schützen und die Trennung der Justiz und Diplomatie in zwei auch äußerlich getrennte Körperschaften wäre ein entschiedener Fortschritt, wenn auch die Pläne des Vicekönigs in ein bescheideneres Maaß zurückgeführt werden.

Nicht der kleinste Gewinn wäre endlich, daß durch einen solchen Gerichtshof dem Lande ein Bild der Würde von Recht und Gerechtigkeit gegeben würde, dessen Anblick und segensreiche Folgen auf die Dauer unmöglich ohne Einfluß auf die einheimische Rechtspflege bleiben könnten. Der Eingeborene würde die Rechtsfähigkeit als ein höchst schätzenswerthes Gut ansehen lernen und die Regierung könnte auf die Dauer den elenden Zustand ihrer Landesgerichte nicht fortbestehen lassen.

Sollten die hier angedeuteten Reformen keine Beachtung finden oder undurchführbar sein, so müssen wir als das Resultat einer eingehenden Würdigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse aussprechen, daß es weit besser sein würde, die jetzigen Zustände, trotz aller ihrer Mängel bestehen zu lassen, als auf eine Reform einzugehen, wie sie die ägyptische Regierung vorgeschlagen hat.

Denn die Durchführung ihrer Reformpläne wäre gleichbedeutend mit völliger Vertreibung der Civilisation aus dem Lande.

Altheßisch und neupreußisch.

1.

Cassel, im Mai.

Ich entspreche gern Ihrer Aufforderung, Ihnen einige Berichte über „die Zustände und Stimmungen“ Kurheßens zu schreiben. Denn wenn dieselben auch nicht derartig sind, wie wir in dem Interesse der Sache, der wir dienen, wünschen möchten, so ist es doch besser, wenn die nationale Partei Uebelstände und Mißstimmungen in den neuen Provinzen beleuchtet und zugeht, als wenn sie dieselben zu vertuschen und wegzuleugnen sucht. Hier zu Lande wenigstens, und ich glaube, daß dasselbe für alle neuen Provinzen gilt — würde sich unsere Partei sehr rasch verbrauchen und um allen politischen Einfluß bringen, wenn sie nicht die Mißgriffe und die tendenziöse innere Parteipolitik unserer neuen Regierung aufs Entschiedenste verurtheilt und angriffe. Denn der Einfluß, den die nationale Partei hat, beruht doch ledig-

lich auf einer idealen Basis: auf ihrem Verhältniß zur Wahrheit, d. h. den wirklichen Interessen unseres Volkes. Werden diese nun geschädigt und wir wollten aus allzu lebhafter Abneigung gegen die particularistischen Bestrebungen die Regierungsmaßregeln bloß deshalb vertheidigen, weil sie eben von den Particularisten angegriffen würden, so würde es nicht lange Zeit dauern, und die große Menge des Volkes, die keinen allzu lebhaften Antheil an den nationalen Fragen des Tages nimmt, würde unmerklich, aber nur um so sicherer sich der gewohnten Führerschaft entziehen. Denn machen wir uns nur darüber keine Illusionen, daß die große Masse auch bei uns bei einem lang dauernden Conflict zwischen den Anforderungen, die im Namen einer nationalen, d. h. in diesem Falle idealen Politik an sie gestellt werden, und den nächsten praktischen Interessen des täglichen Lebens sehr rasch jene Anforderungen als unberechtigt ansehen und sich auf Seite derer stellen wird, die ihr gegen Steuerüberbürdung, schlechte Justiz u. dgl. Hülfe zu bringen versprechen. Das ist aber eben die Schwierigkeit in unserer Situation, daß dieser Widerspruch, der an sich durch nichts begründet ist, durch unsere Regierung nicht nur nicht weggeschafft, sondern gleichsam als eine für die Existenz des Ganzen wohlthätige Einrichtung offen gehalten wird. Denn so und nicht anders können wir bei ruhiger Betrachtung die Sachlage beurtheilen. Und es ist das nicht unsere Privatmeinung.

Der nationale Gedanke war hier zu Lande so tief in die Gemüther aller derer eingepflanzt, die sich über die vorübergehenden Stimmungen des Tages und die allerprimitivsten Interessen des Lebens zu erheben im Stande sind, und so viel hatte man doch auch seit 1848 von den Wegen, ihn zu verwirklichen, kennen gelernt, daß die verkehrte Entgegensetzung von kleinstaatlicher Freiheit und großstaatlicher Knechtschaft, die thörichte Trennung von Einheit und Freiheit überhaupt, früher nicht den mindesten Eindruck mehr machte. Aber jetzt fragen sich doch Manche, die nichts weniger als Particularisten sind, ob man nicht doch die Anfänge der deutschen Einheit mit zu großen Opfern erkaufte habe, und nur die Erwägung vermag sie von pessimistischen Speculationen abzuhalten, daß der erlittene Verlust mit dem großen Gewinn nicht innerlich und nothwendig verbunden war, sondern daß nur eine unglückliche Complication von Verhältnissen uns jene an sich nicht nothwendigen Nachtheile gebracht hat, die uns die Freude an den großen nationalen Erfolgen allzusehr vergällen. Ist aber hiermit die Stimmung des größten Theiles der intelligenten Bevölkerung Hessens richtig gezeichnet, und ich glaube dieses versichern zu können, so steht es mit der wirklichen Einverleibung des hessischen Stammes in den preussischen Staatskörper nicht allzu günstig. Denn das wenigstens bleibt wahr, daß

Hessen 1866 preussischer gefinnt war, als man 1869 ist. Die Erklärung dieser Thatjache soll den Gegenstand meiner Briefe bilden.

Die Zustände Hessens vor 1866 sind bekannt genug. Wir besaßen eine Verfassung, die nicht als Product einer revolutionairen Bewegung, sondern durch freie Vereinbarung von Fürst und Volk zu Stande gekommen war. Unser Beamtenstand war aus größtentheils tüchtig gebildeten, ehrenhaften Männern zusammengesetzt, die durch alle ihre persönlichen Interessen darauf hingewiesen waren, die Verfassung aufrecht zu erhalten und zu schützen. Unser Volk ist nichts weniger als neuerungssüchtig und von revolutionairen Leidenschaften erfüllt. Viel eher kann man es eines Mangels an Initiative in allen politischen und socialen Fragen zeihen. Der jetzt verstorbene Literaturhistoriker A. Wilmar, der Hessen und seine Geschichte wie wenige gekannt hat, bemerkte einmal in früherer Zeit, wo ihn sein religiöser und politischer Fanatismus noch nicht ganz unempfindlich gegen die Wahrheit gemacht hatte, über die Hessen in dieser Beziehung: „Wenige Stämme unseres Volkes haben längere Zeit in größerer Abgeschlossenheit verharret, als der hessische, so daß dieselben Charakterzüge, die wir an den Hessen des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts finden, im Wesentlichen auch an den Hessen des neunzehnten Jahrhunderts wahrgenommen werden.“ Wollte man nur die zwei Ereignisse aus dem Leben des hessischen Volkes im sechzehnten und neunzehnten Jahrhunderts herausgreifen, die die tiefste Bewegung seiner Seele in diesen Jahrhunderten hervorgerufen hatten, so müßte man die Rückkehr Philipp's des Großmüthigen aus der Gefangenschaft Karl's V. und den Einzug Kurfürst Wilhelm's I. nach den sieben Jahren der im Ganzen den materiellen Interessen des Landes nicht schädlichen Regierung König Jerome's von Westphalen nennen. Und wie innig die Hessen an ihren heimatlichen Bergen hängen, hat wohl am rührendsten J. Grimm in jenen einfachen Worten ausgesprochen, in denen er mitten in einer trockenen wissenschaftlichen Auseinandersetzung es als ganz selbstverständlich bezeichnet, daß, wenn er auf Hessen und Hessisches zu sprechen komme, er weitläufiger werden müsse und wohl auch eine lebhaftere Bewegung sein Gemüth ergreife.

Aber was war seit 1850 aus diesem hessischen Patriotismus geworden? Die Liebe zu den Bergen und Wäldern, den schmalen Wiesengründen mit den murmelnden Bächen war so wenig verschwunden, wie die Freude an alten Sagen, Märchen und Geschichten, die sich hier wie kaum irgendwo anders in Deutschland aus der Urzeit unseres stets an demselben Orte sesshaften Volkes unverfehrt erhalten haben. Die alten hessischen Krieger erzählten ihren Enkeln und Urenkeln von ihren tapferen Thaten in Schottland, Amerika, im siebenjährigen Kriege, in Spanien und Rußland und Frankreich und von den noch größeren ihrer Väter in aller Herren Länder. Von der

Strenge, mit der Recht und Gerechtigkeit hier zu allen Zeiten gehandhabt worden sei, wie wenig man seit den ältesten Zeiten hier geneigt gewesen, Pfaffen und Pfaffenregiment zu ertragen, davon wurden gleichfalls nicht wenige Beispiele berichtet. Aber die jüngere, seit 1815 ungefähr geborene Generation wurde dem hessischen Staatsparticularismus entfremdet. Die Mißregierungen von Vater, Sohn und Enkel hatten denselben allmählig, aber darum um so unrettbarer erstickt. Gerade aber auch als hätte das „Haus Brabant“ es darauf abgesehen, alle die vielen und zarten Bande zu zerreißen, die es seit sechs Jahrhunderten mit dem hessischen Volke verbanden, gerieten sich seine Söhne in vier aufeinander folgenden Regierungen von jenem Menschenhändler an bis auf den letzten Kurfürsten, der alle an kleinlicher Bosheit und Eigensinn übertraf. Und wenn man in die Zukunft blickte, um sich mit ihr für die Misère der Gegenwart zu trösten, so eröffneten sich noch unerfreulichere Perspektiven. Der Landgraf Friedrich von Hessen-Kumpenheim, welcher, da die mit der separirten Frau des Lieutenant's Lehmann, Gertrude geb. Falkenberg, erzeugten Söhne des regierenden Kurfürsten nicht successionsfähig waren, als legitimer Nachfolger und in sicherer Aussicht stand, erschien Allen, die ihn kennen zu lernen Gelegenheit hatten, als ein zur Regierung eines auch noch so kleinen Staates ganz untauglicher Herr. Sein ganz kopfloses kindisches Benehmen in der Krisis vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 hat denn auch dieses Urtheil völlig gerechtfertigt und die Meinung derer bestätigt, die da behaupteten, daß, seien die Hessen von Kurfürst Friedrich Wilhelm mit Ruthen gestrichen worden, Kurfürst Friedrich sie mit Scorpionen züchtigen werde. — Die unerträglichen, friedlosen Zustände während einer mehr als fünfundschwanzigjährigen Regierung und die trostlose Aussicht auf eine noch unerquicklichere Zukunft hatten in Hessen nach und nach alle Gemüther dem Fürstenhause in dem Maße entfremdet, daß seine Entfernung im Jahre 1866 bei dem größten Theil aller politisch Zurechnungsfähigen das Gefühl einer Erlösung, nicht das einer schmerzlichen Trennung verbreitete. Nur wenige Hoffschranzen und die Anhänger jener auch bei uns „kleinen aber mächtigen Partei“, die das Fürstenhaus seinem Volke hatte entfremden helfen und dasselbe in eine Politik getrieben hatte, die seinen besten, Jahrhunderte lang aufrecht erhaltenen Traditionen schnurstracks zuwiderlief, gaben Beweise einer Anhänglichkeit an den Vertriebenen, die sich jedoch mehr in Verwünschungen gegen den „Kronenräuber“, als in aufopferungsfähiger Hingabe aussprachen.

Und doch, als es nun sicher feststand, daß unser kleines aber altes, häufig verklagtes aber doch geliebtes Staatswesen dem Untergang verfallen sei, war die Stimmung ganz im Allgemeinen nichts weniger als eine gehobene und freudige. Ganz von denen abgesehen, die hier durch den Verlust

eines Hofhaltes Schaden zu erleiden fürchteten, oder die mit einer alterthümeln den Anhänglichkeit an Formen klebten, denen jeder lebensvolle Inhalt längst abhanden gekommen war, schauten doch auch nicht wenige von den kräftigen und vorurtheilsfreien Männern, die in Opposition mit der bisherigen Regierung gelebt hatten, besorgnißvoll in die Zukunft. Die Proclamationen, mit denen die preußischen Heerführer in Hessen eingerückt waren, und die eine Heilung aller Schäden und die Wegräumung alles Streites zwischen Regierung und Volk versprochen hatten, waren doch nur im Stande gewesen, Sanguiniker zu täuschen. Was man fürchtete, war der Verlust alles dessen, was man in Hessen in Jahrzehnte langen Kämpfen der Regierung abgewonnen hatte, und um das in Preußen immer noch zwischen Regierung und Kammer unentschieden gestritten wurde, der Umsturz unserer Justizorganisationen, die den preußischen voraus waren und die Fortsetzung der Herrschaft einer Partei in Kirche und Schule, die unserer bisherigen Regierungselique zum Verwechseln ähnlich war. Wer die entscheidenden Monate des Jahres 1866 in Cassel erlebt hat, der wird sich gar vieler Gespräche erinnern, die damals gerade über diesen letzten Punkt geführt wurden. Siegt Oestreich schließlich, so wurde damals raisonnirt, so werden wir, die wir von unseren Sympathieen mit Preußen kein Hehl gemacht haben, übel wegkommen; siegt Preußen, nun so werden mit mehr oder geringern Ausnahmen dieselben Herren gar bald wieder am Regieren sein, die uns bisher so vortrefflich behandelt haben; und wenn uns nicht genau dieselben Personen fernerhin regieren sollten, so werden es doch sicher solche sein, die in demselben Geiste, der bisher herrschte, die Staatsinteressen wahrzunehmen entschlossen sind. Denn welcher principielle Unterschied besteht denn zwischen der Bismarck'schen Partei und der der Kreuzzeitung, die in Berlin am Ruder ist? Hat nicht die feudale Partei in Preußen 1850 unsere Verfassung umstürzen helfen und war etwa die Wiederherstellung derselben durch Preußen aus Wohlgefallen an dieser Verfassung selbst erfolgt? Die Herren, welche 1850 die Hessen Revolutionaire in Schlafrock und Pantoffeln nannten, waren jetzt mächtiger denn je. Und war etwa das Cultusministerium in Berlin von anderen Intentionen erfüllt als die hessische Ministerialabtheilung für Kirchen- und Schulangelegenheiten? Sind nicht z. B. die Regulative lediglich ein Abklatsch Bismarck'scher Weisheit? Und wird es nicht schlimmer werden wie früher, wenn die Reaction nicht mehr wie bisher in den Kleinstaaten an den persönlichen Beziehungen eine Schranke findet? Ein Regierungspräsident aus Gumbinnen, der gegen niemanden in Hessen persönliche Rücksichten zu nehmen hat, wird doch noch ganz anders dazwischen fahren können, wie der „Dreschflegel von der Schwalm“, und wenn sich so ein Herr in Hessen unmöglich gemacht hat, so setzt man ihn nach Liegnitz oder Stettin, während

er früher von Cassel der allgemeinen Verachtung nur bis Kinteln oder Hanau entrinnen konnte. — Aus allen diesen Gründen wäre es 1866 den Hessen am liebsten gewesen, wenn ihr Land nur durch Personalunion mit Preußen vereinigt worden wäre. Die Unerfüllbarkeit dieses Wunsches stellte sich aber nur zu bald heraus. Als man dieselbe begriffen hatte, war man auch nichts weniger als unglücklich über die neue Situation. Denn die Anerkennung wird niemand den Hessen versagen können, daß sie niemals und nirgends etwas für sich verlangt haben, was sie nicht auch allen Andern gegönnt hätten, daß sie niemals und nirgends eine Befreiung von Staatslasten begehrt haben, die sie den Andern gegenüber in Vortheil gesetzt hätte. Nur das haben sie geglaubt beanspruchen zu dürfen, daß man ihnen das belassen werde, was sie vor anderen Theilen des preußischen Staates voraus hatten, ohne daß dasselbe für das große Ganze irgendwie schädlich wäre, daß man Einrichtungen, an die sich das Volk gewöhnt hatte, nicht bloß deshalb umwerfen werde, weil sie einigen wenigen preußischen Bureaukraten nicht gefielen. Aber das Eine wie das Andere ist ihnen versagt worden. Unzweifelhaft gute Einrichtungen unseres alten Staatswesens hat man umgestoßen und schlechtere an die Stelle gesetzt; Einrichtungen, über deren Werth sich streiten läßt, die aber unserem Volk lieb waren, weil es mit ihnen aufgewachsen war, hat man durch andere vertauscht, die nicht besser sind, aber den zweifelhaften Vorzug hatten, daß sie in Preußen eingebürgert waren. Dazu kommt dann noch, daß man sich bei Herstellung von Institutionen, wie sie die veränderten Umstände mit sich brachten, nicht von den Bedürfnissen und den gegebenen Zuständen unseres Landes hat bestimmen lassen, sondern von feudalen und kirchlichen Theorien, wie sie in den Ministerien des Innern und des Cultus in Berlin eben die herrschenden sind. Wäre eine wahrhaft conservative Partei in Preußen im Besitze der Regierungsgewalt, so würde dieselbe ganz anders hier haben verfahren müssen, um nicht in dem niederen Volke den Glauben immer weiter um sich greifen zu lassen, daß alle Einrichtungen des Staates lediglich von dem Gutdünken der augenblicklich herrschenden Partei abhängig seien, ein Glauben, der die Vorbedingung aller Revolutionen ist.

Gab es doch außerdem noch Veranlassungen genug, die diesen Glauben zu verbreiten und zu fördern im Stande waren. Freilich der erste und auch jetzt noch nicht erloschene Eindruck, den die neue Regierung im Gegensatz zur alten ganz im Allgemeinen machte, war in mancher Beziehung eine jener Wahrnehmung ganz entgegengesetzte. Man fühlte instinctmäßig aus allen Regierungsmaximen und Maßregeln heraus, daß in Preußen der ganze Staat von einem viel monarchischeren Geiste durchdrungen ist, als er bei uns war. Hatten sich die Hessen nach und nach daran gewöhnen müssen, in ihren

Fürsten nur die Bedränger und Ausfänger des Landes zu sehen, die seit lange darauf ausgingen, die heilsamen Ordnungen umzustößen, die zum Schutze des Staates und seines Vermögens getroffen waren, so war schon damit die Entgegensetzung von Fürst und Staat gegeben. Aber ganz hiervon abgesehen, war man in Hessen auch officiell nicht so kurfürstlich als in Preußen königlich. Man nannte z. B. die Forsten, Domainen des Staates nicht wie in Preußen königliche Waldungen u. s. w., sondern Staatswaldungen u. s. w., von anderen Titulaturen, denen in Preußen der Name königlich bis zum Uebermaß vorgesetzt wird, ganz abgesehen. Und diesen kleinen Aeußerlichkeiten entsprach auch die Sache. Wie der König hoch über Allen steht und gegen seine Rechte und seine Macht selbst verfassungsmäßige Staatsgesetze an Bedeutung und Geltung zu verlieren scheinen, so schien sich auch dieser monarchische, vor Allem persönlichen Willen zur Geltung bringende Geist des preußischen Staates den einzelnen Beamten mitgetheilt zu haben. So eifrig man jeden höheren Willen respectirte und zur Ausführung brachte, so wenig schien der preußische Beamte es ertragen zu können, daß in dem ihm unterstehenden Wirkungskreise ein anderer Wille als der seinige sich geltend mache. Vorstellungen gegen diese oder jene Anordnung wurden nur sehr schwer ertragen, motivirte Einwürfe untergeordneter Beamten gegen Befehle höher stehender als Insubordination aufgefaßt. Militairische Disciplin herrschte auch in der Civilverwaltung. Die Anforderungen, die man an die Arbeitskraft der Beamten niederer Kategorien stellte, waren viel bedeutender als früher, während der Gehalt derselben wo möglich geschmälert wurde. Die Spitzen der Behörden erfreuten sich dagegen einer desto reichlicheren Besoldung und was sie nicht fix erhielten, wurde durch große Diäten für dies und das nachgeholt. Wie sich erwarten ließ, hat die preußische Regierung alle wichtigen Directorialstellen mit Altpreußen besetzt. Waren unter ihnen, wie von allen Seiten gern zugestanden wird, vortreffliche Beamte, Beamte, denen es wie namentlich dem allgemein verehrten und hochgeschätzten Oberpräsidenten von Möller nur auf das Wohl der seiner Leitung Anvertrauten ankommt, so fand man doch auch bald solche, die in demselben Maß, als sie ihre Ansprüche steigerten, billigen an sie selbst gestellten Forderungen nicht entsprachen. Die Uebelstände, die jedes persönliche Regiment mit sich bringt, traten sofort hervor. Durch Protection in den Berliner Geheimrathskreisen, oder um früher erworbener Verdienste willen, die wir hier nicht entdecken konnten, kamen eine Anzahl von Männern aus Altpreußen hierher und occupirten Aemter, für die in Hessen selbst unzweifelhaft viel bessere Candidaten vorhanden waren. Es verbreitete sich allmählig immer mehr die Ueberzeugung, daß, wenn man in Berlin gute Fürsprecher und Verwandte habe, schon das Beste geschehen sei, um befördert zu werden, namentlich wenn es sich um

Sinecuren handele. Wir wollen nicht behaupten, daß diese Volksmeinung begründet war, obwohl wirklich merkwürdige Belege für sie angeführt werden könnten, sondern nur constatiren, daß sie vorhanden ist. Für ihre Entstehung dürfte jedoch noch ein besonderer Umstand mitgewirkt haben, der hier angeführt werden muß. So wenig unter der früheren Regierung Alles gesetzmäßig zuging, so wenig hatte man sich doch im Allgemeinen über Nepotismus zu beklagen. Der letzte Kurfürst war hierin ganz unerbittlich, ja zuweilen sogar ungerecht. Hatte er herausgewittert, daß ein Minister Jemandem zu einer Stelle verhelfen wollte, weil derselbe ein Verwandter des Ministers war, so konnte man sicher sein, daß der Betreffende das ihm zugesagte Amt nicht erhalten werde. In einem Großstaate, in dem kein Minister, geschweige denn der Fürst die Beziehungen der einzelnen Familien zu einander kennt, ist dagegen der Nepotismus kaum zu beseitigen. Das Beispiel, das im modernen Preußen außerdem noch einige hochstehende Familien in dieser Beziehung gegeben haben, hat dann noch factisch dazu beigetragen, die Sache im Ganzen schlimmer erscheinen zu lassen, als sie vielleicht in Wirklichkeit ist.

Und noch einen durchgreifenden Unterschied gegen früher glaubte man zu bemerken. In einem kleinen Staate kennen sich leicht fast alle Beamte, wenigstens die, welche einer und derselben Kategorie angehören, persönlich oder doch dem Rufe nach, den sie genießen. Die Folge davon ist die, daß hier eine ganz gleichmäßig strenge Ueberwachung der Beamten nicht so nöthig ist, als in einem Großstaate. Wenn Jemand persönlich übel beleumundet war, so war seine Oberbehörde ihm gegenüber gewiß aufmerksamer, als wenn sie es mit einem Manne zu thun hatte, der allgemein als Ehrenmann bekannt war. Dazu kam noch für uns speciell, daß in Kurhessen sich keine große Stadt befindet, in der sich leichter Diebs raffinement und catilinarische Existenzen ausbilden als in mittleren und kleinen Städten. Der Luxus war im Allgemeinen nicht sehr gesteigert, die Beamten streckten sich, wie man hier zu sagen pflegt, nach ihrer Decke. Es kamen daher in der That wenig Veruntreuungen im öffentlichen Dienst vor, und wenn eine solche constatirt wurde, erregte dieselbe allgemeines Aufsehen im Lande, ein Aufsehen, das sich während unserer Reactionsperiode nur dann minderte, wenn man hörte, der Betreffende gehöre dem „Treubunde“ an.

So sehr hatte sich durch wiederholte Betrügereien der Schweif des Herrn Hassenpflug-Wilmar in der öffentlichen Meinung discreditirt. Jene persönliche Rücksichtnahme und ein allzu großes Vertrauen auf die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Beamten kann der Natur der Dinge nach in einem Großstaat nicht in demselben Maaße geübt werden, als in kleineren Verhältnissen. Die Controle muß hier strenger und gleichmäßiger arbeiten.

Das verspürten denn in Hessen die Beamten sehr rasch, und auch die Steuerzahlenden mußten etwas davon zu erzählen. Denn ganz abgesehen von der Vervielfältigung der Schreiberei, durch die in allen Bureaux die genauere Controle angeblich nöthig gemacht wurde, fanden sich viel alte Beamte, die in Ehren grau geworden waren, durch das Mißtrauen, das man ihnen, wie sie meinten, persönlich entgegengesetzte, gekränkt und verstimmt. „In Preußen“, so raisonnirte man, „wird jeder Mensch officiell als Spitzbube angesehen, und wenn er gar ein Beamter ist, als ein ganz gefährlicher. Wozu die unendlichen Schreibereien und Revisionen? Es ist früher bei uns nicht viel gestohlen und betrogen worden, wenigstens entschieden nicht mehr als in Preußen. Entweder ist also der ganze Ueberwachungsmechanismus nicht nöthig, oder in Preußen sind die Beamten unzuverlässiger als bei uns.“

Anderere meinten wieder, in dem Verlangen des unbedingten Gehorsams, das manche Oberbeamte ihren Untergebenen gegenüber besonders streng geltend machten, so wie in dem Mißtrauen, das man officiell jedem Unterthanen gegenüber zur Schau trage, zeige sich der slavische Zug in dem Charakter des preußischen Staates. Den unordentlichen, pflichtvergeßenen Slaven gegenüber sei eine solche stramme Zucht nöthig gewesen und noch nöthig. Den ersten Anforderungen an ein für Deutsche bestimmtes Regiment, daß es der persönlichen Ueberzeugung, dem Individualismus Rechnung trage und an das Pflichtgefühl des Einzelnen appellire, entspreche es nicht. Man sieht, die phrasenhaften Anklagen, die namentlich in Süddeutschland gegen den preußischen Staat und preußisches Wesen überhaupt gerichtet zu werden pflegen, fanden hier Beistimmung, und zwar eine um so lebhaftere, als man sich glaubte auf Erfahrungen berufen zu können, die man am eigenen Leibe gemacht habe. Und doch, waren diese Erfahrungen exact beobachtet und auf ihren rechten Ausgangspunkt zurückgeführt? Nach unserer Ueberzeugung mischt sich in diesen Anklagen und Beschwerden Wahres und Falsches. Den kleinstaatlichen Beamten war der Staatsbegriff vielfach ganz abhanden gekommen. Sie waren und sind häufig ganz unfähig zu unterscheiden, ob irgend ein Gesetz für einen Kreis oder einen Großstaat passend ist oder nicht. Ihr Gesichtskreis war und ist eben ein zu enger. Der merkwürdige Widerspruch, welcher bei der großen Masse unseres Volkes sich gar häufig findet, und der sich nur aus der Jahrhunderte langen Entwöhnung von activer Theilnahme an wirklichen, nationalen Staatsgeschäften erklären läßt, jene Geltendmachung der beschränktesten Kirchthurmsinteressen auf der einen, und die Hervorhebung und Anpreisung eines von allen gegebenen Verhältnissen absehbenden Staatsideals auf der anderen Seite, erschwerte auch bei uns eine gerechte Beurtheilung der neuen Regierung. Doch darf auch nicht geleugnet werden, daß von preußischer Seite gar manches hätte unterlassen

werden können, und Vieles in seiner bisherigen Ordnung hätte belassen werden sollen, was die Lösung der Aufgaben des neuen deutschen Staats nichts weniger als gefördert hat, beziehungsweise nicht im Geringsten beeinträchtigt haben würde.

Ghe wir jedoch dieses in einzelnen Branchen der Staatsthätigkeit nachweisen, müssen wir auf besondere Umstände aufmerksam machen, die für die specifisch hessischen Verhältnisse von der größten Wichtigkeit geworden sind und wirklich eine den allgemeinen und localen Interessen bequeme Einfügung unseres Staates in die preussische Monarchie wesentlich erschwert haben. In Preußen ist doch ohne Zweifel der Adel von ganz besonderem Einfluß auf die Regierung des Landes. Einem Herrn von Adel leiht man in dem Hofkreise williger sein Ohr als einem Bürgerlichen, und selbst nach der „Kölnischen Zeitung“ haben wir gegenwärtig ein feudales Ministerium. Hätten wir nun in Hessen einen Adel besessen, der die Interessen unseres Landes in Berlin hätte vertreten wollen und können, so wäre unzweifelhaft seine Stimme von viel größerem Gewicht gewesen, als die mancher bürgerlichen Patrioten, gegen die man als der liberalen, constitutionellen Partei angehörig von vornherein Abneigung empfand, selbst wenn sie lediglich im conservativen Interesse ihre Stimmen erhoben. Aber unser hessischer Landadel hat weder durch seine staatsmännische Bildung noch durch großen Grundbesitz und Reichthum irgend welche Berechtigung im Staatsleben eine bevorzugte Stellung einzunehmen. Derselbe machte daher im Gefühl seiner Abhängigkeit von der Krone rasch seinen Frieden mit Preußen und suchte seine Privilegien zu retten und zu erweitern. Das allgemeine Interesse lag ihm fern. Mehrere Mitglieder desselben wurden zu Mitgliedern des Herrenhauses ernannt, aber von ihrer Anwesenheit, geschweige denn von ihrer Thätigkeit in demselben ist sehr wenig im Lande kund geworden. Die Regierung war also zunächst, wenn sie Vertrauenspersonen consultiren wollte, auf die Beamten angewiesen. Wären nun unter den höheren und höchsten Kategorien derselben Männer gewesen, deren Einsicht und Charakterfestigkeit der neuen Regierung sofort Vertrauen eingeflößt hätte, und die darum auch manchen Maßregeln derselben hätten motiviren und erfolgreichen Widerstand entgegensetzen können, wenn sie Widerstand im allseitigen Interesse geboten erachtet hätten, so würde gar manches gewiß anders gekommen sein. Denn mag man auch noch sehr die Arbeitskraft unseres Oberpräsidenten bewundern und herrscht im ganzen Lande über seinen guten Willen nicht der geringste Zweifel, so weiß man doch auch, daß seine Bemühungen für unser Land mit ganz anderem Erfolg gekrönt worden wären, wenn sie von einflußreichen Privaten oder tüchtigen althessischen Beamten in Berlin selbst nachdrücklich wären unterstützt worden. Aber was waren die hessischen Mi-

nister der letzten Jahrzehnte für Männer? Ganz unbedeutende, Charakterlose Größen, die nur darnach trachteten, sich auf ihrem Posten zu behaupten, und nur von ihm wichen, wenn Seine königliche Hoheit sie in allzu nahe Berührung mit seinem Tintenfasse gebracht, oder mit einem handgreiflichem Instrument auf eine Repositurleiter hinauf getrieben hatte. Politisch und kirchlich gehörten sie fast sämmtlich der reactionairen Partei an, ohne irgend welches achtungswerthes Talent zu besitzen. Männer von ausgeprägter Persönlichkeit und starkem Willen, wie Hassenpflug und Wilmar, konnte unser Autokrat auf die Dauer nicht ertragen, selbst nachdem dieselben ihm Alles, bis auf gewisse persönliche Ueberzeugungen, geopfert hatten. Die neue preussische Verwaltung mußte daher alle diese früheren Staatsräthe u. s. w. beseitigen und aus Kurhessen wurde niemand in das Ministerium nach Berlin gezogen, wie z. B. aus Hannover geschah. Aber selbst die vortragenden Räte in den einzelnen Ministerien, die Herr von Möller ursprünglich auch sämmtlich durch andere Beamte hatte ersetzen wollen, waren kaum geeignet, für die Ueberleitung der alten Verwaltung in die neue dem Lande Dienste zu leisten. Hatten sie früher ihre Stellungen nur dadurch erlangen und behaupten können, daß sie sich dem herrschenden Willen anbequemen und demselben als mehr oder weniger geschickte Werkzeuge dienten, so glaubten sie jetzt auch nur zu allen Wünschen und allen Forderungen des Ministeriums Ja und Amen sagen zu müssen. Jeder Widerspruch schien ihre persönliche Stellung zu gefährden, und statt die Regierung auf dieses oder jenes aufmerksam zu machen, das mit ihren Plänen nicht in Uebereinstimmung zu bringen sei, arbeiteten sie in der ihnen einmal gegebenen Direction weiter, um das Ende ganz unbekümmert. Namentlich hat der frühere Referent im Justizministerium, ein Herr Etienne, sich in dieser Beziehung der schwersten Sünden gegen das Land schuldig gemacht, bis dieses gefügige Werkzeug des Grafen Lippe von dessen Nachfolger aus seiner Stellung entfernt und zum Vicepräsidenten eines hannöverschen Obergerichtes ernannt wurde.

Und noch weiter die bureaukratische Rangordnung hinab hatte man früher alle nur einigermaßen wichtigen Stellen mit politischen und kirchlichen Anhängern des Systems besetzt. Ein großer Theil der höheren Verwaltungsbeamten, die Landräthe u. s. w., hatten früher der juristischen Branche angehört. Gänzlicher Mangel an Einsicht in die Grundsätze und Fortschritte der modernen Volkswirtschaftslehre und nur Ueberfluß an Gefinnungstüchtigkeit hatte sie zu den wichtigsten Stellen empfohlen. Ebenso gehörten fast alle höheren Schulbeamten dieser Richtung an. Wie sollten diese Herren dazu kommen, die Interessen des Landes zu wahren? Die gefinnungstüchtigeren und ehrenwertheren von ihnen wandten sich der neuen Regierung nicht sofort zu, die große Majorität ging so rasch als möglich ins preussische

Lager über, d. h. sie überbot sich in Unterwürfigkeit gegen das neue Régime, fand alle seine Maßregeln vortrefflich und sah es als höchst bedauernswerth an, daß wir nicht schon längst preußisch geworden seien, während sie noch wenige Monate vorher gegen die „Räuber“ und die deutschen Piemontesen geeifert hatte. Alle persönliche Würde war bei diesen Leuten abhanden gekommen, die sich stets nur den „Rücken decken“ wollten und sich und ihre Untergebenen zu Gehorsamsbezeugungen und willfähriger Ausführung aller ihnen angedungenen Neuerungen anzufeuern nicht müde wurden. Noch vor Kurzem kam es vor, daß einer der kläglichsten dieser Herren, auf einen bloßen Witz in einer Zeitung hin, sich und seine Untergebenen durch eine officielle Erklärung von dem Verdachte reinigen zu müssen glaubte, daß Jemand von ihnen an dem Witz theilhaftig und mit seinen neuen Vorgesetzten nicht ganz vollkommen zufrieden sei. Der Mann hatte offenbar nicht bedacht, daß es ganz unschicklich sei, wenn untergeordnete Beamte über ihren Chef in Zeitungen sich irgend ein Urtheil erlauben.

Wenn daher in Hessen jetzt vielfach darüber Klage geführt wird, daß die Hannoveraner, welche sich durch ihre antipreußische Gesinnung vor den Hessen hervorgethan hatten, im Ganzen doch viel besser behandelt worden seien als ihr Land, so ist, wenn wir auch zugeben wollten, daß diese Klage begründet ist, der Grund derselben viel mehr in den hessischen Verhältnissen selbst zu suchen als in dem Willen der neuen Regierung. Nach dem Verschwinden der alten Regierung hat sie die Erbschaft derselben antreten müssen, ohne von der Rechtswohlthat des Inventars Gebrauch machen zu können und zu wollen.

Die Niederlande und Preußen.

Harlem, Anfangs Mai 1869.

Auswärtige Zeitungen brachten vor einigen Wochen das Gerücht, die niederländische Regierung habe in der französisch-belgischen Eisenbahnfrage Partei genommen. Obschon eine solche Nachricht geeignet war ein friedliches Volk zu beunruhigen, so nahm man sie bei uns doch sehr ruhig auf, da man die Unwahrscheinlichkeit derselben sogleich einsah. Der ganze Bericht hat wohl seine Entstehung einer mangelhaften Kenntniß unserer Verhältnisse zu danken. Die folgende Darstellung mag beweisen, wie leichtsinnig man zuweilen Neuigkeiten fabricirt.

Nachdem unter dem Ministerium van Hall der Bau eines Eisenbahnnetzes über das ganze Land auf Staatskosten beschlossen war, wurde der Betrieb derselben einer Actiengesellschaft unter dem Namen: „Maatschappij tot exploitatie der Staatsspoorwegen“ (Gesellschaft für den Betrieb der Staatseisen-

Grenzboten II. 1869.

40